

## **Ablehnung weiterer Antiterrorgesetze**

Die Jungen Liberalen Chemnitz lehnen neue Antiterrorpakete strikt ab!

Die Bombenanschläge von London 2005 belebten nach den Anschlägen des 11. September 2001 und von Madrid 2004 erneut die Debatte um neue umfassendere Sicherheitskonzepte.

Wenn es Terroristen gelingt demokratische Staaten zu übereilten Reaktionen in der Terrorabwehr zu bewegen, die dazu führen die Bürgerechte und damit die Lebensqualität und das Recht zur freien Entfaltung zu beschränken, so ist dies als Sieg für die Terroristen anzusehen.

Wir lehnen auch die Zusammenlegung von Kompetenzen von Bund und Ländern hinsichtlich der besseren Terrorbekämpfung ab, sofern eine Zentralisierung für sich selbst schon als Merkmal für Effizienz und bessere Koordination angesehen wird.

Zentralistische Strukturen, die dem föderalistischen Prinzip entgegenstehen, sind zwar nicht gänzlich abzulehnen, jedoch ist dabei darauf zu achten, dass auch eine wirkliche Verbesserung der Koordinationsmöglichkeiten damit einhergeht.

Bessere Koordinationsmöglichkeiten können auch unabhängig zentralistischer Strukturen realisiert werden. Dazu muss das gemeinsame Ziel im Vordergrund stehen, anstatt Profilierungs- und Kompetenzgerangel einzelner Verantwortlicher.

Wenn ein begründeter Verdacht auf terroristische Aktivitäten besteht, so müssen die Eingriffe in die bürgerlichen Rechte einer richterlichen Kontrolle unterliegen.

In übereilten Handlungen sehen wir lediglich die Gefahr, vermehrt Unschuldige ins Visier der Ermittlungsbehörden zu bringen und durch die Schürung von Angst ganze Gesellschaftsgruppen pauschal vorzuverurteilen.

Es wird niemals ein 100-prozentiger Schutz vor Gewaltakten möglich sein, selbst totalitäre Staatsformen konnten keine umfassende Überwachung bzw. einen damit vermeintlich gerechtfertigten Schutz ihrer Bevölkerung gewährleisten.

Wir fordern dazu auf, Möglichkeiten durch Aufklärungsmaßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die der Angst der Menschen vorbeugen und die einen Dialog zwischen den Kulturen fördern. Nur wer in soziale Strukturen gleichberechtigt integriert ist, wird von Gewaltakten auf seine Mitmenschen Abstand nehmen.